

# Graphische Presse.

Organ für die Interessen der Lithographen, Steindrucker, Lichtdrucker, Notensteher, Notendrucker und verwandte Berufe.

Publikations-Organ des Vereins der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen, des deutsch. Senefelder Bundes und der deutschen Vereine des Auslandes.

### Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Reg.-Katalog Nr. 2673.) Für die Bänder des Weltpostvereins Mk. 1.25.

### Redaktion und Expedition.

Redaktion, Druck und Verlag: Konrad Wähler, Schenkend. Leipzig, wozu alle Korrespondenzen, Annoncen, Bestellungen und Geldbeträge zu senden sind. Redaktionschluss: Dienstag.

### Insertion.

Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 25 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Abonnenten unter Belästigung der Abonnementquittung, sowie Vereinsangelegenheiten 10 Pf. Beträge nach Uebereinkunft.

### Achtung!

## Lithographen, Steindr. u. Berufsgeg.

In der lithographischen Anstalt von Voguard, Aktiengesellschaft in Paris, deren Haupttitelhaber ein Herr Kaufmann in Berlin sein soll, ist es wegen Lohnfälligkeiten und sonstigen Plackereien, die den Arbeitern auferlegt werden sollen, zur Arbeitsniederlegung gekommen. Es befinden sich 10 Umbruder, 7 Maschinenmeister und sämtliche Punktlerner im Ausstand. Der Direktor, ein Herr G. Wéjohi, erklärte, daß er sich Arbeitskräfte aus Deutschland holen will. Die französischen Steindrucker ersuchen nun ihre deutschen Kollegen, solidarisches zu handeln und bei der obengenannten Firma keine Arbeit anzunehmen. Durch den Londoner Kongress wurde die internationale Solidarisität der Lithographenarbeiter befestigt, es wird also jeder Kollege wissen was seine Pflicht ist.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

Der Vertrauensmann.

### Das Koalitionsrecht im „Verein für Sozialpolitik“.

Die Organisation der deutschen Kathedersozialisten und bürgerlichen Sozialreformer, der „Verein für Sozialpolitik“, hat am 23. bis 25. September in Köln im Anschlusse an sein 25-jähriges Gründungsjubiläum eine Generalversammlung abgehalten, auf welcher wichtige Fragen der aktuellen Tagespolitik, wie die Handwerkerfrage, der ländliche Personal-Kredit und das Koalitionsrecht der Arbeiter zur Beratung standen. Da auf diesen Generalversammlungen bloß akademische Beratungen gepflogen, aber keine Resolutionen gefaßt und keine Einwirkungen auf die Gesetzgebung versucht werden, (dieser Thätigkeit hat der Verein bereits in seinen Jugendjahren entsagt, um sich von jedem Verdacht sozialistischer Tendenzen freizuhalten!) so konnten in Arbeiterkreisen schwerlich größere Erwartungen an den Ausfall der Verhandlungen geknüpft werden. Man schlägt sich und verträgt sich rein akademisch, ohne das Bewußtsein zu haben, ein Glied im ernstesten Klassenkampfe der Zeit zu sein und hier entscheidend seine Pflicht zu thun, man will nur lernen und lehren, will das die Parteien verbindende pflegen und die Gegensätze mit einander ausbühnen, und da kann natürlich nichts Ganzes und Entscheidendes, nichts Ueberzeugendes und Ueberwältigendes herauskommen. Die Politik der Schwankungen, das Wenn oder Aber, das Einer- oder Andererseits, die Halbheit und Unentschlossenheit in ernsten Kämpfen, das ist die richtige Signatur dieser Kathedersozialisten, die sich auch diesmal zu Köln auf Neue bestätigt hat.

Schon die Handwerksdebatte kam hinter der beschlossenen Handwerksnovelle hergehinkt, ohne an diesem Nachwerk der handwerksetzerischen Parteien noch etwas ändern zu können, obwohl gerade die

Unterforschungen des Vereins über die Lage des Handwerks das beste Material gegen die zünftlerische Zwangsorganisation enthielt und der bekannte Zwangsinnungsapostel, Prof. Hise in Köln, eine wenig beneidenswerte Rolle spielte. Für die Koalitionsrechtsdebatte war allerdings der Zeitpunkt so günstig wie nur möglich gewählt, denn seit der Spantenberger Kaiserrede über den Schutz der „Arbeitswilligen“ wagen sich die reaktionären Gegner der Arbeiterbewegung mit unverhüllter Dreistigkeit hervor, um eine Neuauflage des 1890er Koalitionsattentates durch Verschärfung des § 153 der G.-D. herbeizuführen, und ihre Bestrebungen werden durch die koalitionsfeindliche Haltung der Behörden und Gerichte wesentlich gefördert. Aber wenn es die leitenden Kreise im „Verein für Sozialpolitik“ wirklich ehrlich mit der Koalitionsfreiheit der Arbeiter gemeint hätten, so konnte ihnen kein größeres Mißgeschick widerfahren, als daß sie das erste Referat einem erklärten Gegner der Arbeiterkoalitionen, dem Prof. Voening-Halle überließen. Dieser Referent, dessen Vortrag im Auszuge den Mitgliedern schon vorher gedruckt zu ging, faßte die Ausöhnung der hier in Frage kommenden Gegensätze recht eigentümlich auf, daß er einerseits für eine Erweiterung des Koalitionsrechts (Befugnis des Verbindungsverbots, Ausdehnung auf ländliche Arbeiter), andererseits für Aufrechterhaltung des § 152, Abs. 2 (Rechtungsgültigkeit der Koalitionsverabredungen) und für die Verschärfung des § 153 eintrat. Schon diese eine Thatsache, daß der Verein für Sozialpolitik ein derartiges, vorherbekanntes Referat ungehindert stattfinden ließ, muß als bezeichnend für das Ansehen dieser Sorte von Sozialpolitikern gelten. Auch im übrigen waren die Ausführungen Voening's sehr widerspruchsvoll. Das Verbot des Inverbindungsverbots politischer Vereine erscheint ihm töricht und habe keinen anderen Zweck, als „der Polizei Anlaß zu Schikanen zu geben“ und dennoch erachtet er Preußen als einen Musterstaat im Vereinsrecht. Ueber das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter ist er zweifelhaft und möchte deren Stellung lieber im Wege des öffentlichen Rechts regeln. Die Sozialdemokratie gilt ihm als eine große Gefahr für das Vaterland und die gestiftete Welt und um ihretwillen würde er, wenn die Frage besonders gestellt wäre, vielleicht auch neue Ausnahmegesetze empfehlen, wie Prof. Schmoller, der in den achtziger Jahren allen Ernstes ein Expatrierungs- und Deportationsgesetz gegen sozialdemokratische Führer empfahl.

Den Voening'schen Ausführungen gegenüber fiel Prof. Hertner's Korreferat unglücklich ab. Er bestritt zwar, daß der Hamburger Streik eine strafrechtliche Verschärfung notwendig mache und geißelte die willkürliche Behandlung der Arbeiterorganisationen durch die Behörden, indes konnte er nicht umhin, eine Reihe von Punkten seines Einverständnisses mit Voening hervorzuheben und dessen

Referat dadurch noch eine besondere Rolle zu verleihen. Ob ihm das meisterhafte Einerseits — andererseits seines Vorredners so sehr imponierte? Auch er wußte sein bürgerliches Gewissen hinsichtlich der Forderung völliger Koalitionsfreiheit mit dem Troste zu beruhigen, daß nur die weiteste Bewegungsfreiheit die Gewerkschaften aus dem Bann der Sozialdemokratie lösen könne. Möge er bei seinem Glauben selig werden!

Eine entschledener Stellung nahmen die nachfolgenden Debattereder ein. Der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes Döblin schilderte die gegenwärtige Polizei- und Gerichtspraxis und deren Wirkung auf das Rechtsbewußtsein der Arbeiter, welche für die Förderung des kameradschaftlichen Verhaltens bestraft würden, während diese Thätigkeit in anderen Ständen als etwas Gutes und Lobenswerthes erachtet werde. Dagegen vertrat der Generaldir. Hegener vom „Humboldt“-Werk bei Köln ausschließlich das Unternehmerinteresse und bezeichnete die Gewerkschaften in Deutschland als überflüssig, da hier Staat und Gesellschaft in hohem Maße ihrer Fürsorgepflicht gegen die Arbeiter genügen. (?) Für ihn und seine Gesinnungsfreunde sei die Arbeiterfrage überhaupt keine Lohnfrage, sondern eine Frage der Disziplin. Besonders polemisierte er gegen die Ueberhöhung der Handarbeit durch die Gelehrten, die nicht im praktischen Leben ständen. Auch er habe Bücher gelesen, mehr als genug, um die Arbeiterfrage zu kennen. Herr v. Rottenburg, Verlepp's früherer Assistent, führte den Stimmung mit lebenswürdigem Ironie ab und gab ihm zu verstehen, daß er noch recht viele Professorenbücher lesen müsse, um nur die Thatsachen kennen zu lernen, die das Gebiet des Koalitionsrechts beherrschten und dem modernen Rechtsbewußtsein widerstreiten. Diese Abtrümpfung hatte den Erfolg, daß die Industriellen, die anfangs sehr hochfahrend sich geberdeten und sogar beim Festmahle dem Prof. Wagner wegen seiner Hochmuth Rede angerempelt hatten, sich von einer Diskussion zurückhielten, der sie sich nicht gewachsen fühlten, und erst, als Prof. Wagner das Schweigen dieser Herren ausbrüchlich sehnagelte, brachte er den Generalsekr. Ditzes vom Kölner Industriellenverein auf die Beine, welcher die Gewerkschaften als unheilvoll bezeichnete und Ausnahmegesetze gegen die Partei empfahl, die sich außerhalb der Gesellschaft stelle. Diesen Unternehmervertretern entgegen traten die Fabrikanten Sombart-Wagdeburg, Brandts-Glabach und Brauereidirektor Abg. Köstke für unbedingte Koalitionsfreiheit ohne Strafverschärfungen ein. Besonders Köstke führte aus: „Ein gewisser Zwang müsse den Arbeitern gestattet werden, den üben auch die Arbeitgeber aufeinander aus, wenn sie im Kampfe stehen“. Den Höhepunkt erreichte indes die Debatte durch die rückhaltslose Kritik, die Dr. Zastrow, der bisherige Leiter der „Soz.

Praxis", an der herrschenden Rechtsprechung gegenüber Sozialdemokraten übte und bei der er besonders die Entscheidung des preußischen Verwaltungsgewerks in Sachen der Kolberger Saalassafire kennzeichnete. Auch protestierte er gegen Loening's Anspruch, das Preußen ein Musterstaat im Vereinsrecht sei und trat den Bestrebungen für Verschärfung des § 153 scharf entgegen. Der Hamburger Streik habe keinen Anlaß zur Strafverschärfung gegeben. Unzulänglichkeiten seien erst vorgekommen, als sich die Polizei unzulässigerweise in den Streik gemischt hätte. Die Jastrow'sche Kritik der Rechtsprechung rief den Geheimrat Prof. Gierke auf den Plan, welcher die Voreingenommenheit der Gerichte gegen Sozialdemokraten merkwürdig genug mit dem Hinweis auf das frühere Sozialistengesetz entschuldigte daß die Staatsgefährlichkeit dieser Partei notorisch gemacht habe, und somit im Wesentlichen die Jastrow'schen Ausführungen bestätigte. Der Göttinger Prof. Ehrenberg wiederholte den alten Gemeinplatz, daß die deutschen Arbeiter es nicht verstanden hätten, das Koalitionsrecht anzuwenden und die zahlreichen Streikverluste bewiesen ihr ungenügendes wirtschaftliches Erkenntnisvermögen. Wie hoch mag nach diesen Gemeinplätzen das wirtschaftliche Erkenntnisvermögen des früheren Handelskammersekretärs zu bewerten sein.

Die Schlussbemerkungen der Referenten brachten keine neuen Gesichtspunkte. Prof. Hertner plädierte nochmals für Aufhebung jeder besonderen Strafvorschrift und für Erweiterung des Koalitionsrechts und botterte, optimistisch genug, von dieser Koalitionsdebatte eine neue Epoche des Vereins für Sozialpolitik, worüber die Schmoller, Loening u. c. nicht wenig geschmeichelt, geschälcht haben mögen. Loening aber ichen durch die Debatte nicht im geringsten eines Besseren überzeugt zu sein, sondern hielt nach wie vor die Aufrechterhaltung des § 152,2 und die Verschärfung des § 153 für notwendig. Er verlangte den Schutz der Arbeitswilligen, den Schutz der individuellen Freiheit gegen jede Belästigung und Einschüchterung und polemisierte gegen Dr. Jastrow's Kritik an der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts, von dem er die vollste Hochachtung habe, wenn ihm auch einzelne Urteile deselben nicht gefielen. Eine solche Kritik schwäche das Ansehen der Gerichte, das im Interesse des Vaterlandes notwendig sei.

So endigte die große „epochenmachende“ Koalitionsdebatte des „Vereins für Sozialpolitik“ in einer deutlichen Fanfare einer Strafrechts-Autorität gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Alle die teils phrasenreichen, teils ehrlich gemeinten Versicherungen für Erweiterung des Koalitionsrechtes vermögen uns nicht über die Thatsache hinwegzutäuschen, daß einflussreiche Strömungen bestehen, die den Arbeitern das Koalitionsrecht noch mehr beschränken möchten. Dadurch, daß diese Bestrebungen bereits unter den Sozialreformern selbst einen starken Rückhalt gefunden haben, ist den Stämmlingen die fernere Agitation bedeutend erleichtert und die baldige Vorlage eines neuen Koalitionsstrafgesetzes in der nächsten Reichstagsession rückt damit ins Bereich der Möglichkeit. Treffend bezeichnet Dr. Jastrow in seiner Abschiedsnummer der „Sozialen Praxis“ diese Situation: „Am leichtesten ist ein Freiheitsrecht zu beseitigen, wenn es unter dem Scheine geschieht, die Freiheit zu schützen. Wenn man sagt, man sei auf der einen Seite für Koalitionsfreiheit, auf der anderen aber auch für die Freiheit des Arbeiters, sich der Koalition zu enthalten, so hat dies etwas überaus Bestehendes. Thatsächlich aber stellt sich das Verhältnis ganz anders, wenn die letztere Freiheit (Arbeitswilligkeit) mit so kolossalen Mitteln geschützt werden soll, daß von der ersteren (Koalition) nichts mehr übrig bleibt. . . . Wenn man dies bedenkt, so gewinnt jene Debatte (Unterwerfung) aller grundsätzlichen Gegner des freien Koalitionsrechtes ein ganz anderes Aussehen. Sie konnten diese Position verloren geben, weil ihnen eine andere ohne ihr Zutun gesichert wurde. Einer der wenigen Großindustriellen, Hegener-Köln, erklärte in einer Rede, in welcher er ein im wesentlichen fabrikfeudales Programm entwickelte, daß er, sowie seine Standesgenossen gar keinen Anlaß hätten, den Arbeitern ihre politischen Rechte zu verkürzen, wofern nur

jeder Arbeiter unbedingt in seinem „Rechte“, zu arbeiten, geschützt werde. Damit ist wohl der Feldzugsplan für die nächste Zeit ver-raten. Der plumpe Kampf gegen die Koalitionsfreiheit überhaupt ist als aus-sichtslos und unnötig aufgegeben, weil dasselbe auf dem Umwege eines „Schutzes der Arbeitswilligen“ erreicht werden kann. Alle Sozialpolitiker, denen es ernstlich darum zu thun ist, den Arbeitern nicht bloß ein papierenes Koalitionsrecht, sondern in der That die Möglichkeit starker Koalitionen zu wahren, können nunmehr die Lage überbilden: wer gegen Koalitionsfreiheit auftritt, ist ein tölpelhafter und darum ungefährlicher Gegner; die ernste Gefahr droht von Seiten derer, welche die Koalitionsfreiheit im Prinzip unangestastet lassen, ja sogar für ihre Erweiterung eintreten, jede tatsächliche Ausübung des Rechts aber zu einem strafgefährlichen Unternehmen machen.

Jastrow's Resümé über die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik hat das Richtige getroffen. Darüber aber täuschen sich die fonderbaren Arbeiterkoalitionsfreunde Loening-Hegener'scher Oberanz ganz gewaltig, wenn sie annehmen, die Arbeiter würden sich durch verschärfte Strafvorschriften abschrecken lassen, von ihrem Koalitionsrecht denjenigen Gebrauch zu machen, den der Klassenkampf der Arbeiter fordert. Dazu reichen weder papierne Strafpargraphen, noch alle erdenklichen behördlichen Praktiken aus und selbst verdoppelte Gefängnisstrafen vermögen sie nicht von demernsten Ruß des Kampfes abwendig zu machen. Im Beltalter des hand-werkerlichen Zunftzwanges, der Koalition von Gesetzeswegen, ist das Prinzip der individuellen Arbeitsfreiheit überwunden, der Koalitionszwang ist zur staatlichen Einrichtung geworden und die Arbeiter werden nicht säumen, sich die Anerkennung des gleichen Rechts für alle zu erkämpfen, trotz des Widerstrebens der reaktionären Gewalten. Die Opfer, die dieser Kampf kostet, werden das Unhaltbare des ungleichen Rechtszustandes noch deutlicher illustrieren und der Triumph der Reaktion wird nur von kurzer Dauer sein. Im Kampfe für Rechts-gleichheit muß der Sieg den Verteidigern derselben, der Arbeiterklasse zufallen.

**Gewerkschaftskongress in Toulouse.**

In der Woche vom 23. bis 28. September tagte in Toulouse der dritte Jahreskongress der Konföderation der Arbeit. Es waren aus demselben über 1300 Organisationen, Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände vertreten macht einen Zuwachs von rund 300 vertretenen Organisationen gegenüber dem vorjährigen Kongress in Tours. Die Konföderation, die hauptsächlich von ademanitischen Elementen beeinflusst wird, tritt bekanntlich ein für den Generallstreik als das unfehlbare Mittel zur Verhinderung der sozialen Revolution. Es sei noch daran erinnert, daß die Generallstreik-Frage 1894 zur Spaltung der Gewerkschaften geführt hat. Inzwischen die Gegner des Generallstreiks, die in politischer Beziehung an die Arbeiterpartei sich angleichenden Gewerkschaften, seit 1895 nicht im hande gewesen, einen Gewerkschaftskongress abzuhalten. Die relativ größere Bedeutung der Konföderation beruht theils nicht auf der Generallstreik-Schwärmerie, sondern darauf, daß sie die Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung von jeder politischen Organisation zum leitenden Grundfah ihres Programms erhoben hat, um so die gewerkschaftliche Einigung der politisch gespaltenen Arbeiterbewegung zu ermöglichen.

Der Kongress von Toulouse beriet abermals über die Aenderung der Organisationsstatuten, ein Zeichen dessen, daß die Konföderation bisher nicht viel mehr als ein Schemen-Dajsein geführt hat. Die neuen Beschlüsse lassen jedoch in der Hauptsache alles beim alten. Der von ademanitischer Seite gemachte Vorschlag, die Organisation direkt auf der Grundlage der einzelnen Gewerkschaften aufzubauen, wurde mit großer Mehrheit verworfen, indem die Gewerkschaften begrifflichweise auf ihre Zugehörigkeit zu den eigenen Industriezweig- oder Lokal-verbänden mehr Gewicht legen als auf die Zugehörigkeit zur jungen allgemeinen Konföderation.

Die alljährlich behandelte Generallstreik-Frage wurde mit der üblichen platonischen Resolution zu Gunsten der Propaganda für den Generallstreik erledigt.

Von größerem Interesse ist der Beschluß auf Gründung eines allgemeinen täglichen Gewerkschaftsorgans. Das nötige Geld soll durch Ausgabe von 2000 Anteilsgeldern zu 100 Franken aufgebracht werden. Die Anteilsgeld-er sollen unverzinstlich sein und ausschließlich von den Gewerkschaften und Arbeitergenossenschaften erworben werden können. Das Zustandekommen des Planes steht freilich eine viel zahlungskräftigere bzw. zahlungstreue Mitgliederzahl voraus, als diejenige, über die die fran-zösischen Gewerkschaften im allgemeinen verfügen.

Von den sonstigen Beschlüssen seien hervorgehoben: die Empfehlung des Boykotts zur Unterstützung von Streiks in Fällen, wo den Streikenden sonst eine Wieder-lage droht; die Schaffung einer Arbeitskammer, deren

Mitglieder von den Gewerkschaftskongressen zu ernennen sind; das Verbot der Gefängnisarbeit und des Zwangs-mehlwertens.

Dem Kongress der Konföderation ging voraus der-jenige der Nationalen Föderation der Arbeitssbüren, an welchem 24 Arbeitssbüren vertreten waren. Diese Föderation bildet ebenfalls einen Bestandteil der Konföderation. Erwähnenswert ist die Absicht, die die Weidreit der vertretenen Arbeitssbüren dem anarchischen Föderations-ausschuß erteilt hat. Dieser hatte sich in seinem Jahres-bericht mit einer Erklärung gegen die politische Aktion hervorgegagt. Der Kongress beschloß aber die Streichung der anarchischen Erklärung und gab dem Ausschuß auf, in den künftigen Berichten keinen anarchischen Schmuggel mehr zu treiben.

Die Kongressmitglieder widmeten einen Tag dem Bes-uche der Arbeiter-Glaskütte in dem benachbarten Albi, die ja in erster Linie das Werk des gewerkschaftlich or-ganisierten Proletariats ist. Die Besucher konnten persö-nlich konstatieren, daß die Glaskütte, trotz der unab-lässigen Verleumdungskampagne der kapitalistischen Presse und trotz der räudischen Konturren, der vereinigten kapitalistischen Glaswerke mit Resequit von Carmaux an der Spitze, die kritischen Zeiten definitiv überstanden hat. Auf dem in Albi den Kongressmitgliedern gegebenen Bankett kündigte Camelin, Mitglied des Verwaltungsrates der Glaskütte, an, daß man in nächster Zeit einen dritten und vielleicht sogar einen vierten Hofeisen werde in Betrieb setzen können. Die schwache Seite der Glas-kütte war bisher die Unzulänglichkeit des Betriebskapitals. Ihr Abfall ist dagegen im Steigen begriffen, so daß die zwei Höchfen den Bestellungen nicht mehr genügen.

**Zur Bankelmütigkeit.**

Als Gegner jeder Polemik, die sich namentlich auf persönlichem Gebiet seit einiger Zeit in unserem Organ immer mehr ausdehnt, bin ich doch gezwungen, auf die Ausführungen des Kollegen Marquardt-Sieitin einiges zu erwidern. Auch ich wünsche, daß der Bericht von einer so wichtigen Konferenz nicht in lakonischer Kürze, gleichzeitig grundlose Anlagen erhebt und Veranlassung zu persönlichen Auseinandersetzungen bietet. Ich hätte dieses um so mehr erwartet, da, wie ich aus dem letzten Bericht aus Albiord ersehe, Kollege Sillier den Bericht selber geschrieben hat.

Als Angeklagter gilt für mich ohne weilschweifende Erkundigungen das gedruckte Wort, welches, wenn ich nicht irrt, im Bericht steht, mit einem wohlgeleiteten Fieb beigebracht hätte, wie es thatsächlich schon hier geschehen ist. Was nun die von mir gebraucht sein sollenden Worte, welche dem Kollegen M. zur Grundlauge seiner Verurteilung betrefis der Bankelmütigkeit, anbelangt, so muß ich zunächst feststellen, daß ich besonders betonte, daß Mittel zur Unterstützung genügend vorhanden sind. Da der Zustand sich aber nach längere Zeit ausdehnen kann, so müßte der Unterstützungsmodus nach dem Verdienst geregelt werden, wie dies in Berlin bereits geschehen ist.

Dieses besonders zu unterbreiten, hatte ich direkten Auftrag. Hierbei wies ich auf die Berg-arbeiter u. hin, welche so viel Kampfesmut besitzen, wochenlang ohne jede Unterstützung als flaffenbewußte Arbeiter zu leiden. Wenn Kollegen M. die von ihm gelieferte Lesart besser paßt, so habe ich nichts dagegen, ich glaube aber kaum, daß ein anderer Kollege mir solche Dummheit zutraut, statt zu verbessern — zu entmüthigen. Gänzlich unverständlich ist es mir aber, wie Kollege M. aus meiner Rechtfertigung herauslesen kann, daß ich ihm offen als „Karnikel“ hinstele. Es ist dieses auch wohl nur eine unbeabsichtigte Personenverwechslung, denn wenn ich sage: „Daselbe Karnikel, welches Kollege M. beim Berliner Streik anföhrt, läßt er ganz ungenutzt für Stettin gelten“, so soll ich doch das Karnikel sein, denn ich soll doch zur Bankelmütigkeit beigebracht haben, müßten bin ich auch der Beweisführung entbehren, da ich Kollegen M. nicht beizuldigt habe und auch nicht konnte, denn ich weiß ganz genau, daß jeder, welcher der Sache des Proletariats dient, das Beste einigt. Wenn Kollege M. vorträgt, sich in derselben auszufallen (?) Weise zu bewegen, so mache ich ihm mein Kompliment für diese Sanftmut; besonders angenehm ist es aber gerade nicht von dem Vertreter eines Ortes, wo ich wiederholt meine Schuldigkeit glaube gethan zu haben, nach meiner Meinung unbedeutend angeklagt zu werden.

Hiermit ist die Angelegenheit für mich entgiltig erledigt. Berlin. Albert Schulz.

**Korrespondenzen.**

Altenburg. Herr Otto Sillier hat sich jedenfalls einen derben Witj insofern erlaubt, als er sich nach dem Alten-burger Bericht in vorliegender Nummer (Schluß) erlaube zu äußern, daß ich offenbar geblauert, er habe jene Rede von Berlin nach Altenburg nur wegen mir u. unternehmen. Für so naiv hätte ich wirklich Herrn Sillier nicht gehalten. Es war ja die Agitationstour Buchholz und Chemnitz in der Hr. Pr. durch Annonce bekannt. Auch wollte Herr Sillier, wie man mir mitteilte, nach der Altenburger Versammlung in Leipzig sprechen. Ich motivierte meine Gründe des Fernbleibens in 3 Punkten und seie ich dies vierten noch hierdurch hinzuge, daß ich es wollte vermeiden ewil. erneut durch ungenaue Berichte in der Hr. Pr. zu glängen. Ad. Schirmer, Litj.

Hannau a. M. Am 24. September fand eine gut besuchte Versammlung der Mitglieder unserer Zählstelle mit folgender Tagesordnung statt: 1. Beitragsberöhung; 2. Wollen wir weiter dem Kartell angehören? 3. Verschiedenes. Zu Punkt 1 erklärten sich die Kollegen Weber, Winterfeldt und Kunert für eine Beitragsberöhung mit obligatorischer Arbeitslosenunterstützung. Zur Diskussion sprachen ver-

schlechte Kollegen, ohne jedoch gegen eine Beitragsverhöhung etwas einzumenden und wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die versammelten Kollegen der Zahlstelle Hannover erklärten sich mit einer Beitragsverhöhung auf 40 Pf. einverstanden und sind der Ansicht, daß mit diesem Beitrag eine obligatorische Arbeitslosenunterstützung zu erreichen sei.“

Bei Punkt 2 beschloß die Versammlung, auch ferner dem hiesigen Kartell anzugehören und den damit verbundenen Beitrag besser als bisher zu entrichten. Als Delegierte wurden die Kollegen Kunert, Burm und Winkelströter neugewählt. — Unterm 3. Punkt „Berichtsbesuch“ wurde der Verwaltung vorgeworfen, durch ihre Nachlässigkeit viel beigetragen zu haben, daß die letzten Versammlungen wenig oder gar nicht besucht und deshalb nicht abgehalten werden konnten. Eine Stellungnahme zu dieser Frage wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

M. K.

**Hannover.** Unsere Zahlstelle hielt am 18. September eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab und hatte Kollege Wohlitz das Referat zum Punkt 1 der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Verschmelzung des Senefelder-Bundes mit dem Verein der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen“ übernommen. Derselbe führte etwa folgendes aus: Mit Freuden muß konstatiert werden, daß die Kollegen Deutschlands nach der Lohnbewegung ein reges Interesse zeigen, unsere Organisationen immer mehr auszubauen. Wenn auch einige Vorschläge (i. B. Sonderbeiträge) sich in falschen Bahnen bewegen, so ist es doch unsere Pflicht, jeden Gedanken zu prüfen, und erweist derselbe sich als irrig, zu verwerfen. Als Resultat der Erörterung der Entwicklung unserer Organisation ist fast überall unumwunden klargestellt, daß die jetzige Organisation nicht mehr genügt und deshalb auf Mittel und Wege gefunden wird, auf die zweckmäßigste Weise diesen Mangel zu beheben. Dieses kann nur durch Einführung eines erweiterten Unterstützungsweises mit entsprechender Beitragsverhöhung erzielt werden. Sodann ist Redner der Meinung, daß es versteht sich, dem Senefelder-Bund die Arbeitslosenunterstützung aufzubürden, und erläutert die Leuzens des Senefelder-Bundes von der Gründung bis zur Jetztzeit. Im Weiteren betont derselbe, daß, wenn nach reiflicher Erwägung eine Erhöhung der Beiträge — die sich als unbedingt zweckmäßig erwiesen hat — angenommen wird, so wird jedenfalls ein Teil unserer alten Mitglieder abspringen wollen. Derselben geben dann dem Gedanken Raum, daß sie wohl das Erlangen mit geniesse, aber selbst keine Opfer mehr bringen wollen, und geben damit ihrer so oft geäußerten Kollegialität und Solidarität einen argen Stoß. Angesichts unserer traurigen Lage in wirtschaftlichen Kämpfe sind wir gezwungen, alles daran zu setzen, unsere Organisation leistungsfähiger zu machen und schließen uns deshalb dem Gedanken an, dem Senefelder-Bund mit der Organisation zu verschmelzen indem wir dadurch eher im Stande sein werden, nennenswerte Vorteile für die Kollegen zu erringen und eine Aktionsfähigkeit erzielen, worauf wir dann mit Recht stolz sein können. Unwillkürlich tritt sodann die Frage auf, in welcher Form die Verschmelzung geschehen soll. Die Antwort würde sein: Getrennte Kassenerführung mit einheitlichem Beitrag. — Mit der Aufforderung an die Anwesenden mit diesem Ernst die gemachten Vorschläge zu prüfen und dann unsere ganze Kraft an dem Ausbau unserer Organisation zu setzen, schloß der Referent seine

mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Bei Punkt 2 der Tagesordnung „Diskussion“ nahm Kollege Schotes das Wort und legte in klarer Ausführung klar, daß wir eine Vereinigung der beiden bestehenden Organisationen, Senefelder-Bund und Verein der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen, aus ehrlicher Überzeugung das Wohl der Gesamtorganelandschaft zu fördern, anstreben. Der Einwand, daß durch eine Verschmelzung der Charakter als Kampfsorganisation verloren geht, ist vollständig irrig. Das Gegenteil trifft zu, indem die Organisation widerstandsfähiger ist und das Unternehmertum es sich wohl überlegen würde, mit einer zu 50 Proz. organisierten Arbeiterschaft sich in einen Kampf einzulassen. Ferner verweist Redner auf die Berichte im Protokoll des internationalen Kongresses über England, Frankreich, die Arbeiterorganisationen haben alle Ursache, darauf bedacht zu sein, daß wir mit dem technischen Fortschritt sowohl wie mit der Unternehmertum gleichen Schritt halten, widrigenfalls erstere von der Unternehmertumorganisation erdrückt würde. Kollege Bild ist der Ansicht, daß es ganz gut möglich ist, die Verschmelzung herbeizuführen und hält dieselbe auch für zweckmäßig; wünscht jedoch eine Kommission einzusetzen, welche die nötigen Vorarbeiten machen sollen, denn der Senefelder-Bund möchte noch einiges annehmen und die Organisation einiges ablassen. Auch würden sich durch diese Verschmelzung die Beiträge niedriger stellen als jetzt. Nachdem die Kollegen Klare, Meisch und Käser im Sinne des Referenten gesprochen hatten, wurde über den Gegenstand abgestimmt und die Verschmelzung des Senefelder-Bundes mit dem Verein der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen — im Prinzip — angenommen. Hieraus standen folgende zwei Resolutionen zur Debatte, welche einstimmig angenommen wurden:

„Die heutige, in Grendling's Restaurant, Langestr. 2 zu Hannover, tagende Mitgliederversammlung des Vereins der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, fordert sämtliche gleichbenannte Kollegen Deutschlands auf, unverweilt dem Senefelder-Bund beizutreten, indem es uns auf diese Weise leichter möglich wird, eine Verschmelzung mit dem Senefelder-Bunde herbeizuführen.“

„Die heute im Restaurant Grendling, Langestr. 2 stattfindende Versammlung ist nach rechtlicher Diskussion zu der Überzeugung gekommen, daß unsere heutige Organisationsform einer Verbesserung bedarf und erbringt in der Einführung eines erweiterten Unterstützungsweises, welches hauptsächlich durch die Verschmelzung mit dem Senefelder-Bund den besten Ausdruck finden dürfte, das geeignetste Mittel hierzu. Die Versammlung fordert deshalb alle Zahlstellen auf, eine eingehende Diskussion über diesen Punkt zu pflegen.“

Beim 3. Punkt „Berichtsbesuch“ brachte Kollege Lönke die Abrechnung der Sammlung für die freitenden Wolltuchdrucker in Penig, im Betrag von M. 60,05, zur Kenntnis. Kollege Köpfer macht die Mitteilung, daß die Sammlung für den hilfsbedürftigen Kollegen V. M. 58,95 ergab und abgeliefert ist. Zum Schluß gelangte der Antrag zur Annahme, die Kollegen Deutschlands aufzufordern, bevor sie sich in Hannover engagieren lassen, erst an bekannter Stelle Erkundigungen einzuziehen.

**Kassel.** Am 18. September fand eine ziemlich gutbesuchte öffentliche Versammlung der graph. Arbeiter im „Ebdan-Restaurant“ statt, zu welcher folgende Punkte auf der Tagesordnung standen: Agitation, Beitrags-

erhöhung und Sonderorganisation der Lithogr. appen. Kolll Siller, welcher das Referat übernommen hatte, erläuterte zunächst die Agitation und führt: u. a. treffend aus, daß alle Lithographen, Steinbrücker und Berufsangehörigen zusammen gehören, um dadurch eine Macht zu bilden, die den Unternehmern mit Erfolg gegenüber stehen könne, aber leider haben wir noch zu viele unter uns, die noch nicht begriffen haben, daß sie von ihrer Arbeitgeber ausgenutzt werden auf alle Art und Weise. Ein friedliches Zusammenwirken von Kapital und Arbeit, wie es die Christl. Dünkelisen Gewerkschaften wollen, sei unter den heutigen schroffen Zuständen ein Ding der Unmöglichkeit, doch sollen in den Organisationen Streiks nur in den äußersten Fällen angewandt werden, und der Referent erklärte den Streik als eine Frage der Taktik und keine Prinzipienfrage. Kollege Siller besprach ferner den Berliner Streik, überhaupt die Bewegung vom vorigen Jahr, und wies nach, daß unsere Organisation mit dem Erfolg der Bewegung zutreffen sein könne, denn wo keine Organisation besteht, da herrschen die schlechtesten Zustände in unserer Branche. Redner geht zur Beitragsverhöhung über und erklärte, daß früher oder später dieselbe kommen müsse, da mit der jetzigen Beitragsleistung nichts erzielt werden könne, weder im Unterstützungsweises noch im gewerkschaftlichem Kampfe. Viele seien der Ansicht, wenn eine Organisation sich mit dem Unterstützungsweises abgibt, sie den Kampfscharakter verliere, daß dies aber nicht der Fall, erläuterte Redner eingehend und führte z. B. den Buchdrucker-Verband und die englischen Gewerkschaften an, welche die größten Unterstützungsweises besitzen und doch tüchtige Kampfsorganisationen sind. Redner empfahl zum Schluß die Beiträge auf 40 Pf. zu erhöhen, um dadurch eine Arbeitslosenunterstützung von 6—7 M. pro Woche gewähren zu können. Reicher Beifall lohnte den Redner für den trefflichen Vortrag. Kollege Schneider vermißt, daß Kollege Siller die Verschmelzung der Organisation mit dem Senefelder-Bund nicht erwähnt habe und tritt für dieselbe ein. Kollege Hill ist ebenfalls für die Verschmelzung ohne Beitragsverhöhung der Organisation. Dieser Ansicht treten die Kolll. Giesler und Gunzer entgegen, ebenso Kollege Siller in treffender Weise. Zum dritten Punkt Sonderorganisation sprach Kollege Siller und kritisierte dieselbe aufs schärfste. Wo die Unternehmern große Verbände bilden, will das kleine Häuflein „Jelbewühler“ Lithographen es wagen, dem Unternehmertum siegreich gegenüber zu stehen. Jede Zerstückelung einer Organisation ist ein großer Schaden derselben. Kolll. Seidel meinte, daß die Lithographen innerhalb der Organisation in einer Zahlstelle ja extra Vereins-Abende abhalten könnten, um über „Kunstweien“ zu debattieren. Dieser Ansicht wurden von Kolll. Siller widersprochen, mit dem Hinweis, daß dann leicht Bergnügungsvereine daraus würden. Kollege Maurer reichte hierauf folgende Resolution ein:

„Die heute im Ebdan-Restaurant stattfindende öffentliche Versammlung erklärt, sowohl die Anwesenden der Organisation noch nicht angehörend, derselben beizutreten. Die anwesenden Mitglieder aber verpflichten sich mehr wie bisher, für den Verein zu wirken. Gleichzeitig erklären sich die Anwesenden für Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit einem Beitrag bis zu 40 Pf., ferner gegen jede Sonderbestrebung der Lithographen.“

Ueber diese Resolution wurde in 4 Sätzen, jeder Satz für sich abgestimmt, und teils einstimmig, teils mit Majorität angenommen. Kollege Seidel rügte noch, daß so viele der Versammlung fern geblieben seien, darunter

### Nordische Reisebriefe.

Von F. H.

II.

#### Von Kopenhagen nach Stockholm.

[Nachdruck verboten.]

An einem prächtigen Augusttage fuhr ich auf dem weißen wackeren Schiffe „Gjedser“ nach Malmö hinüber. Die Fahrt durch den Sund glich ganz der von Warnemünde nach der Falsterkappe, das Meer war blau und still; wir alteten zwischen Dampfern und Booten, links die Erlöserkirche, rechts die „Lange Linde“ mit einer Art Siegessäule, unsere Wasserstraße entlang. Das schwedische Schiff ist größer, als die zwischen Dänemark und Deutschland verkehrenden Postdampfer und fährt ruhiger, ist auch bequemer eingerichteter, wie überhaupt die schwedischen Schiffe sich durch vorzügliche Einrichtung auszeichnen. Die Zahl der Reisenden war ziemlich groß, denn die Mehrzahl von ihnen wollte auf direktem Wege nach Stockholm zur Ausstellung.

In Malmö hatten wir nach einer stündlichen Zollrevision, durch die schwedischen Beamten, noch einige Stunden Zeit bis zur Abfahrt und ich benutzte diese Gelegenheit, um flüchtig die Stadt, die drittgrößte Schwedens anzusehen. Die Straßen machen einen guten Eindruck, nur der Verkehr in ihnen ist nicht besonders reg. Die zahlreichen rauchenden Fabrik-Ischornsteine „die Strötkarme der Industrie“ zeigen schon äußerlich an, daß Malmö eine bedeutende Industriestadt ist, die namentlich in der Herstellung von Maschinen bedeutendes leistet. Nach einem kurzen Aufenthalt in einem deutschen Restaurant, deren es hier mehrere gibt, wie überhaupt das deutsche Element in Malmö besonders stark ver-

treten ist — ging ich durch den schönen Stadtpark zurück nach dem großen Staatsbahnhofs. Beim Eintreten in den Wartesaal, der hier nicht wie bei uns auch zugleich Restauration ist, fällt dem Reisenden ein Plakat auf, das mit großen roten Buchstaben eine Warnung vor dem Alkohol enthält: Alkohol or ett gift u. s. w. In sieben Zeilen, die der Reihe nach mit dem Worte Alkohol beginnen, wird dem Leser erklärt, daß Alkohol kein Nahrungsmittel wie die Milch ist, sondern ein Gift, das ähnlich dem Arsenik und Strychnin das Leben vernichtet und die Familien ins Unglück stürzt. Diese Warnungstafel findet man in den Wartesälen aller schwedischen Bahnhöfe.

In besonderen Gebäuden aber dicht neben den Wartesälen sind die Restaurationen untergebracht und nachdem der Reisende die Warnung vor dem Teufelskitt gelesen hat, kann er sich hier an allen möglichen Spirituosen ergötzen. Es gibt Bier, Wein, Liköre und besonders den berühmten schwedischen Punsch, daneben aber auch Thee und Milch, damit die Nüchternheitsfreunde auch nicht zu kurz kommen. Deren gibt es in Schweden eine große Zahl: Godtemplar, Tempel, Nationaltempel, Glaubwürder (Wandabfisser) u. s. w. Nach den Angaben eines schwedischen Stastfiskers zählen alle diese Vereine etwa 10000 Mitglieder, ebenso viele soll es aber geben, die, ohne einem Verein anzugehören, sich der geistigen Getränke enthalten, und in den Gastwirtschaften sieht man auch viele Männer und Frauen beim Glase Milch sitzen. Ich hatte später Gelegenheit manche Beobachtung zu machen, die dieser Mäßigkeitsbewegung hier in Schweden mehr als anderswo Berechtigung giebt. Wiederum gehen viele der Mäßigkeitsapostel zu weit, indem sie vom Staate ein Gesetz verlangen, das jeden, der mit

geistigen Getränken Handel treibt, streng bestrafen solle. Daß eine solche Strenge zwecklos ist, beweisen am besten die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Wie dagegen von Bergmann in einer der Schriften des Studentenvereins „Verband“ nachgewiesen wird, hat die Verpachtung der Schnapsbrennerei an städtische Gesellschaften und die Verminderung der Schankstätten in Schweden dahin geführt, daß jetzt nur noch 9 Liter Branntwein jährlich auf den Kopf der Bevölkerung entfallen, während im Jahre 1829 Schweden mit 46 Litern auf dem Kopf obenan stand.

Allerdings machen die städtischen Schnapschänken, wie ich sie in Malmö und Stockholm sah, einen nicht weniger als günstigen Eindruck. Es sind kahle und nüchterne Räume, zumeist in den Arbeitervierteln und am Hafen errichtet, so daß es den Leuten bequem gemacht ist, ihr Geld und ihren Verdienst zu vertrinken. Für die Steuern und Ueberhörsse, welche die Gesellschaften an die städtischen Kassen abführen, werden dann Kranken- und Armenhäuser errichtet. — Daß der Alkohol statt zu erwärmen die Körperwärme noch mehr herabsetzt und daß nur deshalb die Schweden im Winter so sehr frieren, wird von den schwedischen Mäßigkeitsaposteln besonders hervorgehoben. Ebenso beruft man sich jetzt auch vielfach auf das Beispiel Norwens, der schon auf seiner Grünlandreise Alkohol nur als Arznei mitgenommen hatte, auf seine Nordpolfahrt aber auch nicht einmal zu diesem Zwecke. Der beste Beweis, daß der Mensch in den nördlichen Gegenden gut ohne Alkohol bestehen kann. —

(Fortsetzung folgt.)

auch sogar Vereinstilgler. Nachdem noch zum Vertrauensmann für Gewerkschaftsartikel Kollege Maurer einstimmig gewählt wurde, schloß der Vorsitzende gegen 12 Uhr die Versammlung.

**Verschiedenes.**

Berlin. Arbeiter und Arbeiterinnen! Um so vielen Wünschen der Arbeiterklasse des Nordens und Nordwestens gerecht zu werden, hat sich der Samariter-Kursus entschlossen, in diesem Jahre eine Filiale dabeilbst zu errichten, und zwar in dem Lokale des Herrn Neumann, Brunnenstr. 150, woselbst ebenfalls 14-tägliche Vorträge und Uebungsstunden abgehalten werden. Die Zentrale bleibt wie bisher im Lokale des Herrn Cohn, Beuthstr. 20, bestehen. Der Zweck des Samariter-Kursus ist nach § 1 des Statuts: „Die Arbeiter und Arbeiterinnen zu unterrichten durch Vorträge und praktische Uebungen: a. in der ersten Hilfe bei Unglücksfällen, b. in der ersten Hilfeleistung bei plötzlichen und gefährdenden Erkrankungsfällen, c. in den Grundbügen der Krankenpflege.“ Es werden im Laufe des Winterhalbjahres folgende Vorträge gehalten:

- 11. Okt. 18. Okt.: 1. Einleitung über Zweck und Ziele des Samariter-Kursus und 2. Anatomie und Physiologie (Bau und Lebensfähigkeit) des menschlichen Körpers.
  - 25. Okt. 1. Nov.: Fortsetzung desselben Vortrages.
  - 8. Nov. 15. Nov.: Ueber Verletzungen (Wundbehandlung, Blutstillung etc.)
  - 22. Nov. 29. Nov.: Querschnitten, Knochenbrüche und Verrenkungen.
  - 6. Dez. 13. Dez.: Verbrennungen, Erstickungen und andere Verletzungen.
- 1898.
- 3. Jan. 10. Jan.: Begrüßungen.
  - 17. Jan. 24. Jan.: Ertrinken, Erstickungen, Hitzschlag, verschiedene Formen der Bewußtlosigkeit etc.
  - 31. Jan. 7. Febr.: Gefährdende Krankheitszustände.
  - 14. Febr. 21. Febr.: Transport verunglückter oder erkrankter Personen.
  - 28. Febr. 14. März: Praktische Uebungen.
  - 7. März 28. März: Krankenpflege.
  - 21. März 11. April: Noch zu bestimmender allgemein wissenschaftlicher Vortrag.

Am 14. April, gemeinschaftliche Generalversammlung in Cohn's Lokal, Beuthstraße 20. An jeden Vortrag schließt sich praktische Uebungen an. Wegen ihrem vom Vorstand des Buchdrucker-Verbandes verhängten Ausschluss hatten Galsch und vier Genossen aus Leipzig beim Amtsgericht in Berlin Klage geführt. Das Amtsgericht erkannte jedoch, daß der Ausschluss, in Hinblick auf die Statuten des Verbandes, zu Recht erfolgt ist.

Die erste deutsche Arbeitssachweis-Konferenz, welche am 13. September in Karlsruhe stattfand, konnte, wie vorausgesehen war, über den Rahmen einer allgemeinen Versprechung zur Klärung über den Zweck und die Notwendigkeit der Zentralisation der Arbeitssachweise ganz wesentlich beitragen. In Hamburg, so führte Professor Naumann aus, seien, wie er ermittelt habe, 70 Arbeitssachweise, die größtenteils einander unbekannt seien. Es wäre schon ein Fortschritt, wenn jeder öffentliche Arbeitssachweise als ein solches Ort befindlichen Fachmann, welche auch nur konstatierte, wenn dann ein noch so loser Verband vielleicht mit wünschentlichem Nachrichtenaustausch sich bildete. Auch die Frage der Beschaffung von Arbeitern für die Landwirtschaft kam zur Sprache. Regierungsassessor Böhm glaubt, daß den Landwirten Arbeiter zu vermitteln nur der Gesetzgebung möglich sei. Die russischen Landwirte bemühten sich vergebens, von der russischen Grenze Arbeiter anzuwerben; die untersuchten zwar die Verträge, waren aber nach wenigen Tagen wieder verschwunden. Treffend führte Domine, Arbeiterbeiziger, dem Herrn Regierungsassessor ab. Das Hauptmittel für Erhaltung und Gewinnung ländlicher Arbeiter sei die Zahlung eines höheren Lohnes und eine bessere Behandlung. Er fand die Unterstützung des Repetenten Traub in Lüdingen, aber den Widerspruch von Pastor Märchen in Gleisfeld und Landrat Beckhaus in Hofgeismar. Stadtrat Wohl in Königsberg stellte fest, daß die östlichen Landwirte darüber klagten, daß ihnen die Arbeiter mit trügerischen Versprechungen weggeleitet würden. Ein überraschendes Resultat ergab die Evidenzierung der Streikklause in den sächsischen Arbeitssachweisen. Stadtrat Fiebig und Zähler in Stuttgart, Vertreter der Gewerkschaften, referierten zu diesem Punkte. „Eine fast nahezu vollständige Uebereinstimmung“, so heißt es in dem uns vorliegenden Bericht, „herrschte darüber, daß diese so förmlich geforderte und oft so energisch verworfene Klausel praktisch so gut wie bedeutungslos sei. Gut organisierte Arbeiter legen den Arbeitssachweisen auch ohne Klausel matt; gegenüber unorganisierten treten Umschau, Injerate etc. in die Höhe, die durch die Klausel geschaffen werden kann.“ Nach unsem Dastücken ist das aber noch lange kein Grund, die Forderung: daß der Arbeitssachweis für denjenigen Arbeiter eines Berufes, welche angegehrt sind, oder sich im Streik befinden, zu ruhen hat, fallen zu lassen. Gegen Umschau, Injerate und Anwerbungen können die Ausschändigen Mittel ergreifen, nicht aber gegen die öffentlichen Arbeitssachweise, die ihre Tätigkeit bei Streiks nicht einstellen. Die nächste Konferenz soll sich mit der Frage: „Beschaffung von Arbeit durch bessere Verteilung kommunaler Arbeiten über das ganze Jahr“ beschäftigen. Auch die Bedeutung der Eisenbahn-Verbilligung für den Arbeitssachweis, unentgeltliche Benutzung des Telefons oder Reform der

Telephongebühren kam zur Sprache. Den Wünschen im Agentenwesen wird Herr Kallier, Beigeordneter in Worms, auf den Leib rufen. Wann und wo die zweite Konferenz stattfinden wird, ist noch nicht bestimmt worden.

**Litterarisches.**

**Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen.** Von Paul Hirsch. Preis 1 M. (Agitationsausgabe für die Parteigenossen 50 Pf.) Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Die Schrift erörtert die Beziehungen zwischen Prostitution und Verbrechen und die Lehren der Kriminal-Anthropologie; schildert und kritisiert die bis jetzt darüber aufgestellten Theorien und führt in reichem Beweismaterial die sozialen Momente auf, die zur Erklärung der Ursachen dieser Grundübel der modernen Gesellschaft herangezogen werden müssen. Ehehemmnisse, häusliche und Wohnungverhältnisse des Proletariats, Frauen- und Kinderarbeit, gewerbliche Nebenbeschäftigung der Schulkinder, Einfluß wirtschaftlicher Krisen. Endlich wird die Frage der geistigen Minderwertigkeit der Verbrecher untersucht und die vielumstrittene Frage, ob es in der Zukunft „geborene Verbrecher“ gibt und mit welchen Mitteln Verbrechen und Prostitution bekämpft werden können. Die Schrift ist allen Jenen zu empfehlen, welche die erste Frage ernst behandeln und nicht mit brutalen Gewaltmitteln wie Büßelstrafe und Kettenarrest oder mit wohlfeilen Bibeisprüchen diese tiefen sozialen Schäden wegzuräumen zu können glauben.

**In freien Stunden.** Von der im Verlag der Buchhandlung Vorwärts mit Renjahre begünstigten illustrierten Romanbibliothek (in Wochenheften zu 10 Pf. erscheinend) liegt uns der erste Halbjahresband vor — ein hübsch ausgestatteter 441 Seiten starker Leinenband zum Preise von M. 3.50. Er enthält den merkwürdigsten, reich illustrierten Roman V. Hugos: „1793“ und eine Novelle von Schwedel. Wir machen namentlich Arbeitervereine und Gewerkschaften aufmerksam und empfehlen ihnen den Band zur Anschaffung für die Vereinsbibliotheken. Der historische Inhalt, die packendsten Schilderungen aus der französischen Revolution und dem Bürgerkrieg bieten den Mitgliedern eine ebenso spannende wie lehrreiche Lektüre. Die Buchhandlung Vorwärts hat mit dieser illustrierten Romanbibliothek ein Werk ins Leben gerufen, das seitens der Parteigenossen die rechte Unterstützung verdient. Gute Romane zu billigem Preise in sauberer Ausstattung; kurz eine Unterhaltungslektüre, die in jeder Arbeiterfamilie an Stelle der verhältnismäßig teuren und schlechten Lesezusätze der Schindromane abonniert werden sollen. Im zweiten Halbjahresband erscheint ein vornehmer Roman aus der modernen Zeit. Orgeskos „Kampf um die Scholle“, auf den wir gleich an dieser Stelle hinweisen wollen.

**Fragekasten.**

**Unter dieser Rubrik soll ein gegenseitiger Meinungsaustausch über technische und wissenschaftliche Fragen herbeigeführt werden. Wir bitten unsere Leser, von dieser Einrichtung den weitgehendsten Gebrauch, sowohl bezüglich der Fragestellung, als auch deren Beantwortung zu machen.**

Was versteht man unter Photodrom und wie ist das Verfahren?  
Ich habe Bilder mit Gold-Hintergrund zu lackieren, wobei aber jedesmal die Bronze oxydiert, sowie ich mit dem Lack darüber komme. Ich habe nun schon so viele Bronzen probiert, auch verschiedene Lade dazu genommen, aber immer dasselbe Glebe. Auf welche Weise ist solches zu vermeiden? Ich glaube, wenn man die Drucke mit Gelatine überziehen würde, würde man ein besseres Resultat erzielen. Wie ist das Verfahren beim Gelatinieren?

**Briefkasten der Redaktion.**

- H. G.,** Kassel. 20 Pf. Straßporto bezahlt
- H. St.,** Karlsruhe. Die betreffende Notiz kam für vorige Nummer zu spät.
- J. B.,** Altdorf. Nach Bamberg wird die Zeitung regelmäßig expediert.
- A. A.,** Konstanz. Wenn Sie Mitglied der Organisation sind, so wenden Sie sich wegen den Bezug des Blattes an W. Neubert, Malinaustraße 4.

**Verichtigung.**

Infolge unendlich geschriebenen Manuskriptes haben sich in dem Bericht über die in Karlsruhe stattgefundene Konferenz (siehe vor. Nummer) unter den angeführten Namen der Redner zwei Fehler eingeschlichen. Es muß heißen anstatt Kollege Kapp — Kapp und anstatt Koll. Pfeißel — Pfeißel.

**Zentralverein der Formsteker und Hilfsarbeiter.**

Da mit dem 1. Oktober Mitglieder schon die Verrechnung haben, Neuzustellung zu erheben, machen wir darauf aufmerksam, daß bei Abmeldung aus der Filiale, die Beiträge bis zum Tage der Abmeldung zu entrichten sind. Mitglieder, welche dies veräumen, haben es sich selber anzuschreiben, wenn ihnen die Unterstützung verweigert wird. Die Neuzustellungs-Auszahlung eruchen wir, darauf zu achten, ob die Neuzustellung ordnungsmäßig abgemeldet haben. Im übrigen verweisen

wir auf § 6 unseres Statuts, ferner machen wir noch die Ortsverwaltungen auf § 13 aufmerksam.  
Der Vorstand.  
S. A.: H. Zelp.

**Adressenverzeichnis d. Bevollmächtigten u. Vertrauensmänner.**

- Bevollmächtigte:
- Braunschweig. Karl Ritter, Ballstr. 20, 3 Tr.
- Dessau. Robert Müller, Neue Reihe.
- Eintr. Wilhelm Engelmann, Pötschstr. 3.
- Franfurt a. M. Wolfgang Ritter, Balbachmiedstr. 99.
- Hildesheim. Ernst Köhl, Eckerstr. 46.
- Jüchze. Adolf Karsten, Kapellenstr. 18.
- Mannheim. Eduard Engler, Schwegingerstr. 23.
- Nordhausen. Adolf Koch, Kaffeestr. 51.

Vertrauensmänner:  
Köln a. Rh. ?  
Connewitz-Leipzig. Louis Unger, Connewitz, Hermannstraße 13.  
Radebeul-Dresden. Karl Döniß, Sertowitz b. Dresden, Schumannstraße 4.  
? Die nach Köln reisenden Kollegen erfahren die Adresse des Vertrauensmannes durch den Bevollm. ihrer Zugsstelle.

Adresse des Ausschusses ist:  
Paul Goldschmidt, Braunschweig, Gertrudenstraße 23.  
Adresse des Zentral-Kassierers:  
Louis Kasse, Moritzberg b. Hildesheim, Sandstraße.  
Der Vorstand.  
A. Zelp, Eckerstraße 22

**Anzeigen.**

Verein der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. (Filiale Berlin.)  
Sonnabend, den 23. Oktober 1897  
**Zwölftes Stiftungsfest**  
nebst Ganzkränzchen  
in Nietz's Lokalitäten, Weberstraße 17.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Billet inkl. Tanz 50 Pf.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die Kommission.

**Achtung! Achtung!**  
**Steindruckerk Berlin und Umgegend!**  
Montag, den 11. Oktober 1897, abends 8 1/2 Uhr  
**Oeffentliche Versammlung**  
bei Grindel, Brunnenstr. 188 (Nicht am Rosenkaler Thor).  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Timm über: Gewerkschaftsentwicklung und wirtschaftliche Kämpfe; 2. Diskussion; 3. Wahl eines Branchen-Vertrauensmannes; 4. Verschiedenes.  
Teilersammlung findet nicht statt.  
Die Kollegen der Firma Prager & Volka sind hierzu besonders eingeladen.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
Der Einberufer:  
Schäpfe.

**Leipzig.**

Kolalverein der Lithogr., Steindruckerk u. verw. Berufsgeg.  
Montag, den 25. Oktober, abends 7 1/2 Uhr  
findet im Restaurant Spielz, Seeburgstraße, eine  
**Generalversammlung**  
mit folgender Tagesordnung statt:  
1. Protokollverlesen; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Geschäftsbericht; 4. Bericht der Neuzust. 5. Die moderne Plakatkunst. Vortrag von Herrn W. Wittich; 6. Vereinsangelegenheiten.  
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und Gäste erwartet  
Der Vorstand.

Meine Adresse ist vom 1. Oktober ab  
**Berlin, Lorzingstraße 20.**  
Otto Sillier.

**Formsteker!**

Eine Liebhahn, eine Plattmaschine und eine Stockschere, noch sehr gut erhalten, sehr billig zu verkaufen.  
Frau Bertha Sloh,  
Mannheim, U. 4, Nr. 19.

**Senefelder-Büsten**

68 cm und 48 cm hoch, Senefelder- und Gutenberg-Büsten 18 cm hoch, als Zimmerstempel passend, empfiehlt Hugo Köhring, Chemnitz, Rudolfsstr. 43 II.  
Partiebezug für Vereine billig.

**Der Arbeitssachweis**

der Lithographen, Steindruckerk und Berufsangehören  
Berlin  
befindet sich Neue Friedrichstraße 86, I., Telephonamt 5 Nr. 1564. Geöffnet von 8-1 vormittags und 3-6 Uhr nachmittags. Montags und Sonnabends bis 7 Uhr.

**Chromo-Lithographen**

für Ansicht-Postkarten werden bei guter, achter Stellung gesucht. Neuzuständige Arbeitszeit, Feiertage werden bezahlt.  
H. Meyer's Buchdruckerei,  
Lith. Kunst-Anstalt, Halberstadt a. H.